

Mazel Tov zum Sechzigsten!

Aber wo bleibt Palästina?

Israel beging am 14. Mai 2008 sein 60-jähriges Staatsgründungsjubiläum, davon aber fast 41 Jahre als Besatzungsmacht. Insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland wollen die Jubelveranstaltungen kein Ende nehmen. Die Medien überschlagen sich geradezu mit Elogen. Zum Sechzigsten der palästinensischen Katastrophe (al-Nakbah) finden vereinzelte Protestveranstaltungen statt, die nur geringe Resonanz in der veröffentlichten Meinung finden. In Israel sind Politiker wie der US-Präsident George W. Bush angereist, um mitzufeiern. Bundeskanzlerin Angela Merkel war bereits im März in Israel und hielt vor dem Parlament, der Knesset, eine viel beachtete Rede, die in Deutschland einmütig gelobt wurde. Die Palästinenser kamen darin mit keinem Wort vor.

Von **LUDWIG WATZAL**

Kritik an den Feierlichkeiten kam quasi auf leisen Sohlen zurück in den deutschen Blätterwald durch israelische und andere jüdische Autoren. »After the speech made by German Chancellor Angela Merkel to the Knesset in March, it was hard to expect a more pro-Zionist speech. But as a former Knesset speaker, MK Reuven Rivlin, put it Thursday, ›I wish our leaders would make speeches like this.‹ Rivlin described Bush as ›manifesting the Zionist vision‹«, so Barak Ravid und Shahar Ilan in Haaretz. Das Fazit der Bush-Reise bewertete die Tageszeitung (taz) als »verheerend«. Nur noch Nikolas Sarkozy könnte beide toppen.

So trauten die Haaretz-Journalisten Gideon Levy und Tom Segev ihren Ohren nicht ob dieses »zionistischen Pathos«, den man selbst von einem israelischen Abgeordneten schon lange nicht mehr in der Knesset gehört habe. Diese innerisraelische Kritik an der Merkel-Reise wurde dann endlich auch in Deutschland wahrgenommen. Am 22. April erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) eine abweichende Meinung in Form einer bezahlten Anzeige zur Rede der Bundeskanzlerin. Der Historiker Meir Margalit meinte, die Bundeskanzlerin habe »uns keinen guten Dienst erwiesen (...) Wenn Sie nämlich wirklich nur Israels Wohl im Sinne gehabt hätten, dann hätten Sie die Palästinenserfrage zumindest erwähnt. Statt dessen taten Sie so, als ob es sie überhaupt nicht gäbe. Sie hätten mit klaren Worten erwähnen müssen, dass die israeli-



Bild: www.photosstellungpalastina.de / UNRWA

sche Besetzung der Palästinensergebiete unmenschlich ist und enden muss, dass Israel die besetzten Gebiete räumen, die Siedlungen auflösen und die Belagerung des Gazastreifens beenden muß.« Katharina Sperber schrieb in der Frankfurter Rundschau anlässlich der zentralen Geburtstagsfeier in der Frankfurter Paulskirche: »Mutiger als die Kanzlerin ist Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) schon: ›Ungetrüb‹ lasse sich der 60. Geburtstag Israels nicht feiern, ›weder mit Blick auf die innere Verfassung noch die äußeren Bedingungen‹, sagte er laut Redetext am Mittwoch in Frankfurt beim zentralen deutschen Festakt zum Staatsjubiläum Israels. ›Wer jemals das Elend der Palästinenser gesehen hat, muss auch nach der israelischen Verantwortung für die aktuellen Verhältnisse fragen«.

Am 15. Mai kam der kanadische Historiker Jakov Rabin mit dem Beitrag »Damit Israels Traum von der Normalität wahr wird« in der FAZ zu Wort. Auch er nimmt Bezug auf die israelische Kritik an der Rede der Bundeskanzlerin und fährt dann fort, dass Israel »es schon lange verdient hätte, wie ein normaler Staat behandelt zu werden statt wie der Vermächtnisverwalter des Holocaust. Die Hilfe, die der deutsche Staat heute den Opfern des Holocaust leistet, verbessert deren Lebensumstände; Deutschlands Blankounterstützung für den Staat Israel hingegen unterminiert nicht nur die Zukunft der Einwohner Israels, sondern ignoriert auch die Lehren, die viele Deutsche aus dem Holocaust gezogen haben.« Seine Ausführungen wirken geradezu befreiend, wenn er schreibt: »Viele Deutsche meinen es gut, aber sie verwechseln Juden, die im Holocaust wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu leiden hatten, mit dem Staat Israel, der als eine Ethnokratie für die Juden erdacht wurde. Israels Leitideologie fußt auf der Überzeugung, es sei unmöglich für einen Juden, in einem anderen Land der Welt als Israel jemals vollständig akzeptiert zu werden. Viele Juden teilen diese Überzeugung nicht. (...) Israels Verhalten setzt sich über jene Lehren hinweg, die viele Deutsche aus der Geschichte des Nationalsozialismus gezogen haben, vor allem diese: wie wichtig es ist, eine pluralistische Demokratie zu errichten, deren Grundlage die Gleichheit aller ist. Jene Spielart des Zionismus, die in Israel den Sieg davongetragen hat, ist nicht jene, die auf Teilhabe und Spiritualität setzt und die Martin Buber so am Herzen lag, sondern die auf Ausschluss bedachte Version des Wladimir Jabotinsky. Deutschlands Kniefall vor dem Staat Israel speist sich aus dem Mythos, Israel repräsentiere die Juden in aller Welt und sei ihre natürliche Heimat. Statt Israel wie ein kollektives Opfer des Holocaust zu behandeln, sollte Deutschland es begreifen als ein Land des Mittleren Ostens, das seine eigene Geschichte, seine eigenen Interessen und Werte besitzt. Deutschland sollte Israel behandeln wie jedes andere Land in der Region: nach seinen Verdiensten. Das würde dazu beitragen, dass der Traum der zionistischen Gründerväter wahr würde: dass Israel eine normale Nation wird.« Seine hervorragende Studie über hundert Jahre jüdischer Opposition gegen den Zionismus ist ein Muss für jeden Interessierten. Eine Besprechung ist in dieser Zeitschrift erschienen.

Wer auch nur ein wenig die ursprünglichen Beweggründe der zionistischen Bewegung kennt, sollte wissen, dass das oberste Ziel des Zionismus die Schaffung eines »normalen«, gleichberechtigten Nationalstaates im Konzert der anderen Nationen war, in dem das jüdische Volk gleichberechtigt – wie alle anderen Völker und Staaten auch – seine Zukunft gestalten konnte. Mit der Gründung eines jüdischen Staates sollte das Problem des Antisemitismus für immer gelöst werden, so die Vorstellung der zionistischen Politiker der damaligen Zeit.

Mit der Zuschreibung einer Sonderstellung für Israel setzen sich große Teile des Westens in Widerspruch zum zentralen Anliegen des Zionismus. Von vielen Israelis wird diese ihnen zugewiesene besondere Rolle als eine Form des »Antisemitismus« eingestuft. Sie wollen keine privilegierte Stellung in der internationalen Staatengemeinschaft, sondern einfach so behandelt werden, wie alle anderen Staaten und Völker auch (Uri Avnery, Gideon Levy, Felicia Langer u. v. a. m.). Dieser israelische Wunsch nach »Normalität« ist in Deutschland immer noch nicht überall durchgedrungen. Das Argument, man lege an Israel andere Maßstäbe an, zielt ins Leere. Israel wird kritisiert wegen der Missachtung des Völkerrechts, der Verletzung der Menschenrechte der Palästinenser, der über 40-jährigen Besetzung, der »extra-legalen« Tötungen u. v. a. m. Wenn das Land diese von keiner Demokratie akzeptierten und praktizierten undemokratischen »Standards« ablegt, dann bedarf es auch keiner »anderen Maßstäbe« oder »doppelter Standards« mehr, die an Israel angeblich angelegt würden, sondern dann verkehren alle Demokratien auf gleicher Wertebasis, wie es unter ihnen üblich ist.

Die Gründung Israels ist für das israelische Volk eine Erfolgsgeschichte. Seine leidvolle Geschichte, insbesondere die einzigartigen Gräueltaten, die in deutschem Namen am europäischen Judentum begangen worden sind, verlangen eine besondere Solidarität, die aber die westlich-demokratischen Standards und Werte nicht vergessen darf. Es besteht viel Grund zum Feiern, aber auch für ein vertieftes Nachdenken und mögliche Neubewertungen des politischen Verhaltens. Alle amtlichen Statistiken weisen das Land in der Spitzengruppe aus, was auch seine Nachbarn neidlos anerkennen. Israel hat einen wesentlich höheren Lebensstandard als zahlreiche EU-Mitglieder. Das angesehene »Institute for Management Development« (IMD) in Lausanne hat in seinem soeben veröffentlichten »World Competitiveness Yearbook 2008« festgestellt, dass Großbritannien seinen zwanzigsten Platz an Israel verloren hat. Seine Erfolge sind beeindruckend. Wo so viel Licht ist, muss es auch Schatten geben.

Eine andere Realität

Von vielen Palästinensern wird »al-Nakbah«, wie die Katastrophe von Flucht und Vertreibung von 1948 genannt wird, nicht als einmaliges historisches Ereignis, sondern als eine sich bis in die Jetztzeit fortsetzende Zerstörung ihrer nationalen Existenz gesehen. Die Fakten vor Ort sprechen eine eindeutige Sprache. Trotz der andauernden Kolonisierung der besetzten Gebiete durch den Ausbau israelischer Siedlungen in der Westbank, Ost-Jerusalem und den Golanhöhen hat die Kritik an diesen völkerrechtswidrigen Maßnahmen seitens des Westens sichtlich nachgelassen, insbesondere die Bush-Administration hat damit kein Problem. Obgleich der Gazastreifen seit 2005 einseitig von Israel geräumt worden ist, besteht die Besetzung fort, weil die Schlüssel zu den Eingängen in dieses »größte Freiluftgefängnis« (John Dugard) der Welt, in den Händen der Israelis sind. Auch die Vereinten Nationen haben den Besatzungsstatus für den »Strip« trotz Abzugs noch nicht für beendet erklärt.

Die Jerusalem Post meldete am 15. Mai: »Israel's UN mission is seeking to outlaw use of the term Nakba, after UN Secretary-General Ban Ki Moon telephoned Palestinian Authority President Mahmoud Abbas on Thursday night and expressed empathy with the Palestinian people in honor of Nakba Day. Deputy head of Israel's UN mission, Daniel Car-

mon, complained that the word Nakba is meant to undermine the legitimacy of Israel's founding and, therefore, use of the term should be forbidden.« Den Palästinensern soll allen Ernstes vom israelischen Volk, das berechtigterweise so großen Wert auf die Erinnerung legt, ihr wichtigstes kollektives Narrativ geraubt werden! Niemand würde auf die Idee kommen, den Israelis ihre nationale Narrative verbieten zu wollen.

Die israelische politische Elite stellt ihr Land immer noch als existentiell bedroht dar, obwohl Israel unter den fünf militärisch mächtigsten Staaten der Welt rangiert. Der Beschuss mit selbstgebauten Kassam-Raketen aus dem Gazastreifen auf die Städte Sderot oder Askalon durch palästinensische Terroristen muss als Legitimation dafür herhalten, mit den besten Waffen der Welt (F16-Kampfbomber, Apache-Kampfhubschrauber, Panzer, Artillerie und anderes schweres Gerät) zurückzuschlagen. Die Verluste unter der palästinensischen Zivilbevölkerung sind beträchtlich. Die Opferzahlen sprechen eine eindeutige Sprache zu Lasten Israels. Jeff Halper, Professor für Anthropologie und Chef des Israelischen Komitees gegen Häuserzerstörungen, schreibt in seinem Buch »An Israeli In Palestine« (Pluto Press 2008) zu dieser »falschen Symmetrie« militärischer Macht Folgendes: »Holding both sides equally accountable and ignoring the enormous power differentials between Israelis and Palestinians fundamentally distorts the picture. There is, after all, only one state with one army involved in this conflict, Israel; the Palestinians have no state, no territory or borders, no sovereign government and certainly no army. And there is only one occupying power; Israeli troops sit in the West Bank and invade cities and villages throughout the West Bank, East Jerusalem and Gaza at will; the Palestinians are not occupying Tel Aviv. This is not to say that the Palestinians cannot be held accountable for human rights violations – deliberate attacks in Israeli civilians, for example – or are exempt from political mistakes. It is to say, however, that the lion's share of responsibility for causing the conflict, perpetuating it and preventing its just resolution falls on Israel.« Nach Angaben des Autors wurden seit der Besetzung im Jahr 1967 bis Ende 2007 18288 Häuser zerstört. Die Bilanz im Bereich der Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern ist für Israel verheerend, wenn man die Statistiken der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem betrachtet.

Gemeinhin wird die über 40-jährige Besetzung als das Grundübel des Konfliktes angesehen, aber der Konflikt um Land begann schon vor 1948. Andere datieren ihn sogar auf 1897 zurück, als der Erste Zionistenkongress in Basel beschloss, einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen. Joseph Massad, Professor an der Columbia Universität in New York City, geht sogar bis 1882 zurück, als die ersten jüdischen Siedler Rishon LeZion gründeten.

Ist Frieden zwischen den verfeindeten Völkern überhaupt noch möglich?

Frieden zwischen Israel und Palästina ist prinzipiell möglich, aber unter den gegebenen Umständen eher unwahrscheinlich. Die wichtigste Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden hat der ehemalige Nahostkorrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, Arnold Hottinger, 1994 im Vorwort zu meinem Buch »Frieden ohne Gerechtigkeit?« so formuliert: »Die Palästinenser können nicht »gerecht« behandelt werden, solange man vor sich selbst, vor ihnen und vor der ganzen Welt abstreitet und leugnet, was sie erleiden mussten und bis zur Gegenwart weiter erleiden. Dies ist nicht nur eine

moralische, sondern auch eine politische Grundfrage. Es wird und kann keinen wirklichen Frieden geben, solange die Israelis sich selbst und dem Rest der Welt erklären, sie hätten immer moralisch und politisch richtig, gerecht und sauber gehandelt. Nur wenn sie einmal selbst erkennen, dass sie den Palästinensern schweres Unrecht angetan haben, besteht die Möglichkeit, dass ein dauernder Frieden mit ihren heutigen Untertanen und künftigen Nachbarn (?) zustande kommen kann.« Einen gerechten und dauerhaften Frieden kann es nur geben, wenn der historischen Wahrheit zum Durchbruch verholfen und dem Völkerrecht Geltung verschafft wird. Zurzeit scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein: Die israelische Regierung baut einen »Sicherheitszaun«, der um palästinensische Bevölkerungszentren eine acht Meter hohe Mauer bildet. Aufgrund finanzieller Engpässe sind erst zwei Drittel dieses »Zauns« vollendet.

Die Errichtung dieses »Grenzwalles« wurde vom Internationalen Gerichtshof (ICJ) in Den Haag in einem Urteil vom 9. Juli 2004 als »völkerrechtswidrig« bezeichnet, weil er zum größten Teil auf besetztem Land gebaut wird. Das Gericht stellte in seinem Urteil klar, dass »Israel das Recht und sogar die Pflicht hat, auf die zahlreichen und tödlichen Gewaltakte gegen seine zivile Bevölkerung zu reagieren, um das Leben seiner Bürger zu schützen«. Dieses Recht auf Selbstverteidigung ist aber nicht schrankenlos, denn »die getroffenen Maßnahmen müssen in Konformität mit den maßgeblichen Bestimmungen des Völkerrechts bleiben« (vgl. Par. 138–141). Der Bau des Sicherheitszauns und der Mauer verletze nach dem Urteil des ICJ das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und verstoße gegen das Besatzungsrecht und die Menschenrechte.

Fast zwei Generationen von Palästinensern sind unter Besatzung aufgewachsen. Kann man nach dieser langen Zeit noch von einer Besatzung sprechen? Nach Völkerrecht und Vierter Genfer Konvention ist Besatzung nur für einen kurzen Zeitraum vorgesehen. Meron Benvenisti argumentiert, dass der israelisch-palästinensische Konflikt »unumkehrbar« geworden sei und sich durch territoriale Teilung nicht mehr lösen lasse. In seinem Buch »Reise nach Palästina« (Nautilus 2008) argumentiert Eric Hazan, dass sich das errichtete israelische Kontrollsystem über die Westbank und den Gazastreifen nicht mehr voll mit dem Begriff der Besatzung erfassen lasse. Er beschreibt die Wirklichkeit der Kolonisierung, seine Willkür und Brutalität. Implizit bestätigt er Benvenistis These, wenn er feststellt: »Am meisten aber überraschte mich, dass die Idee eines gemeinsamen Staates auf dem Boden des historischen Palästina inzwischen eine Quasi-Selbstverständlichkeit geworden ist.« So illusorisch ein Ein-Staaten-Modell für Israel ist, so unrealistisch stellt sich für die Palästinenser ein Zwei-Staaten-Modell dar, da kaum noch ein Territorium vorhanden ist, auf dem man einen Staat errichten könnte. In der Westbank gibt es Dutzende von Enklaven, die mit über 600 Kontrollpunkten übersät sind. Wenn das Land also nicht mehr geteilt werden kann, dann sollte man es gleichwertig unter den Beteiligten aufteilen.

Für die palästinensische Führungselite stellen die Ereignisse um 1948 immer noch das zentrale Trauma dar. Sie verlangen die Rückkehr der Flüchtlinge, was fast 99 Prozent der Israelis kategorisch ablehnen. Aber den Palästinensern geht es mehr um die Anerkennung des ihnen zugefügten historischen Unrechts als die tatsächliche Rückkehr ihrer Landsleute. Auch Simcha Flapan, dem ehemaligen Sekretär der sozialistischen Mapam-Partei und einstigem Leiter des dortigen Referats für

Arabische Angelegenheiten, geht es in seinem Buch »Die Geburt Israels« (Melzer 2005) um die historische Wahrheit: »Die Mythen des Staates bilden den Kern des israelischen Staatsverständnisses«, so der Autor. Flapan entzaubert diese »sieben Mythen« in seinem Buch. Diese entstanden zwischen 1948 und 1952 und bestimmen die Geschichte Israels bis heute. Sie bilden die Essenz des israelischen Selbstverständnisses und werden von Flapan relativiert und teilweise widerlegt. Bereits 1988 schrieb Flapan: »Das Diaspora-Judentum und die Freunde Israels in aller Welt müssen begreifen, dass die Politik, die Israel heute betreibt, dazu verdammt ist, den Kreislauf der Gewalt und des Terrors immer weiter in Gang zu halten, jene Kette willkürlicher und sinnloser Mordanschläge, die uns jedes Mal aufs Neue schockieren, gleich, ob sie mit Pistolen oder Bomben begangen werden. Wenn die Armee eines Landes für die Ermordung eines seiner Bürger grausame kollektive Rache nimmt, so ist dies um keinen Deut rechtschaffener oder bewundernswerter als die individuelle Rache eines verzweiferten Jünglings nach der Ermordung eines der Seinen. Wenn das eine als ›nationale Verteidigung‹ und das andere als ›Terrorismus‹ bezeichnet wird, so sind das Begriffe, die nur Propaganda und eine verzerrte Sicht geprägt haben.«

Neben dem Faktor Wahrheit ist die Realisierung des Völkerrechts für einen Friedensprozess unerlässlich. Am 9. Juni 2005 hat das Oberste Gericht Israels die Bedeutung des Völkerrechts in einer Entscheidung hervorgehoben, in der es den Weg für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Gazastreifen und aus vier Siedlungen in der Westbank freigemacht hat. Die Entscheidung war eindeutig: elf von zwölf Richtern gaben dem Abzug ihren Segen. In der Begründung stehen bemerkenswerte Sätze wie: »Judäa und Samaria (Westjordanland, L.W.) und der Gazastreifen sind Gebiete, die durch Krieg erobert wurden und nicht Teil Israels sind.« Sie befänden sich unter »kriegerischer Besatzung« und unterliegen nicht israelischer Jurisdiktion. Implizit bestätigen die Obersten Richter damit nicht nur die Anwendbarkeit und Geltung des Völkerrechts, sondern auch die bestehende Waffenstillstandslinie von 1949 als offizielle Grenze Israels.

In der Präambel der UN-Sicherheitsratsresolution 242 steht, dass es unzulässig ist, Territorium durch Krieg zu erwerben. Dies schließt ein, dass die israelische Besetzung palästinensischen Landes beendet, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt, ein souveräner Palästinenserstaat mit der Hauptstadt Ost-Jerusalem geschaffen, die Rückkehr der Flüchtlinge gemäß den UN-Resolutionen gestattet sowie die Auflösung der Siedlungen in den besetzten Gebieten beschlossen wird. Letztere stellen das Haupthindernis für einen gerechten Frieden dar.

Auf der Grundlage der gescheiterten Oslo-Verträge, der Roadmap, der so genannten Genfer Initiative oder gar der »Bush-Vision« kann kein dauerhafter Friede erreicht werden, da die genannten Beispiele dem Prinzip der Gleichheit der Partner widersprechen. In diesen Dokumenten oder dieser »Vision« gibt es keine Anerkennung der Ursachen des Konfliktes, kein Wort zur Flucht- und Vertreibungsproblematik von 1948 und 1967 sowie nichts über die verheerenden Auswirkungen der langen Besatzungsherrschaft. Dazu hat die in Harvard lehrende Wissenschaftlerin Sara Roy in ihrem Buch »The Gaza Strip. The Political Economy of De-development« festgestellt, dass Israel als koloniale Macht kein eigenständiges Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung gehabt habe, sondern nur an dessen Ausbeutung. Es sei nur interessiert gewesen, »to

dispossess the Arabs of their economic and political resources with the ultimate aim of removing them from the land, making possible the realization of the ideological goal of building a strong, exclusively Jewish state.« Die politische Ausbeutung der Palästinenser sei primär aus politischen und nicht aus ökonomischen Gründen geschehen. »Israel's ideological and political goals have proven more exploitative than those of other settler regimes, because they rob the native population of its most important economic resources – land, water and labor – as well as the internal capacity and potential for developing those resources.« Die Bevölkerung sei nicht nur ihrer ökonomischen Existenzgrundlage beraubt worden, sondern auch »deprived of its means of livelihood and potential, its national identity, and its sovereignty.« Die israelische Kontrolle über den Gazastreifen und die Westbank sei immer nur von politischen Imperativen einer jüdischen Souveränität bestimmt gewesen. Diese sollte mit militärischer Macht durchgesetzt werden, so Roy.

Einem dauerhaften Frieden steht weiterhin entgegen, dass die USA und die EU glauben, diese Abkommen und Konzepte seien gerecht und bedürften deshalb keiner Verbesserung. Insbesondere die einseitige Fixierung der USA auf israelische Sicherheitsinteressen, wie in der Bush-Rede vor der Knesset wieder vorgetragen, trägt langfristig eher zu fortdauernder Ungerechtigkeit und letztendlich zum Chaos in der Region bei. Solange die US-Präsidenten in jeder palästinensischen Verhandlungsposition eine potenzielle Bedrohung Israels sehen, können sie nicht »ehrlicher Makler« sein. Dies dokumentiert schon die Sprachregelung der verschiedenen US-Regierungen. Noch am 21. April 1978 hat das State Department in einem Rechtsgutachten für den Kongress eindeutig die Siedlungen als »völkerrechtswidrig« bezeichnet. Für die Clinton-Regierung waren die besetzten Gebiete nur noch »umstrittene Gebiete«, und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprach im September 2002 von »so genannten besetzten Gebieten«. Die Rede des US-Präsidenten George W. Bush anlässlich des 60. Geburtstages lässt an der bedingungslosen Unterstützung Israels durch die USA keinen Zweifel. Sein Versuch, bis zum Ende seiner Amtszeit noch einen »Friedensvertrag« zwischen den zwei Parteien zustande zu bringen, wird sich jedoch nicht realisieren lassen. Selbst die »moderaten« arabischen Staaten haben beim Gipfel im ägyptischen Sharm el-Sheikh seine Dämonisierung des Iran und Syriens nur mit Kopfschütteln quittiert. Noch nie in der US-amerikanischen Geschichte hat ein Präsident einen solchen diplomatisch-politischen Trümmerhaufen hinterlassen.

Nach den verheerenden Jahren der Al-Aqsa-Intifada und dem Boykott der demokratisch gewählten Hamas-Regierung durch den Westen ist das politische Vertrauen zwischen Israelis und Palästinensern zerstört. Auch die gespielte Harmonie zwischen Premierminister Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich vor Ort oder hinter den Kulissen nichts Substantielles bewegt. Bei einem Neubeginn gehören alle Akteure ins Boot. Dieser Neustart sollte im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz unter Beteiligung der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Arabischen Liga, Russlands und der USA gemacht werden. Unter Teilnahme aller Konfliktparteien – Israels, Syriens, des Libanon und der Palästinenser – könnte es gelingen, der Region einen stabilen Frieden zu sichern. Zuvor jedoch gilt es, von lieb gewordenen ideologischen Feind- und Zerrbildern Abschied zu nehmen.

Wenn ein Akteur berufen ist, am Verhandlungstisch zu sitzen, dann sind es die Vereinten Nationen. Israel ist der einzige Staat, der durch eine UN-Resolution geschaffen worden ist. Auch die palästinensischen Flüchtlinge wurden seit Beginn der Vertreibung und Flucht von der UN-Organisation UNRWA betreut. Der Konflikt ist umrahmt von einem völkerrechtlichen Regelwerk. Er muss durch die Umsetzung von Völkerrecht und nicht durch politische und militärische Zwangsvereinbarungen gelöst werden. Die Teilungsresolution 181 der UN-Generalversammlung vom 29. November 1947 definiert Jerusalem als »corpus separatum« und stellt die Stadt unter internationale Verwaltung; die UN-Resolutionen zu Jerusalem sind Legion. Die Resolution 194 (III) der Generalversammlung vom 11. Dezember 1948 regelt die Rückkehr und die Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge. Die Resolution 242 des Sicherheitsrates besagt, dass sich Israel aus allen besetzten Gebieten zurückziehen habe, und dass Landerwerb aufgrund von militärischer Besetzung illegal sei. Der Transfer der eigenen Bevölkerung in besetztes Gebiet widerspricht der vierten Genfer Konvention, ebenso die Annexion von Gebieten wie den Golanhöhen und Ost-Jerusalem. Hier wird deutlich, welche eminent wichtige Rolle das Völkerrecht und die UNO in diesem Konflikt haben, aber bis heute wurde die Weltorganisation bei der Lösung außen vor gelassen. Warum geht man nicht den Weg des Völkerrechts, wo doch alle anderen Wege bereits erfolglos beschritten wurden?

Zum 50. Geburtstag Israels führte ich ein Interview mit einem »großen«, aber sehr bescheidenen Israeli namens Israel Shahak, das in dieser Zeitschrift veröffentlicht worden ist. Auf die Frage, was er seinem Land zum Fünfzigsten wünsche, antwortete er: »Eine Entzionisierung. Die Beseitigung von Apartheid und Diskriminierung. Seit Jahren sage ich, dass Israel ein Apartheidstaat ist und Nicht-Juden diskriminiert. Ich wünsche mir, dass unser Land diese Art der Diskriminierung beendet. Ich bin kein Utopist. Ich meine die legale Diskriminierung und die offizielle Unterdrückung. Dies wäre eine gute Grundlage für einen »kalten Frieden« im Nahen Osten. Ich erwarte keinen »warmen Frieden« für die Region. Ich bin für einen »kalten Frieden«, wie er zwischen Griechenland und Mazedonien existiert. Sie mögen sich nicht, führen aber auch keinen Krieg gegeneinander. Die erste Bedingung für diese Art des Friedens ist die Entzionisierung Israels. Sonst wird es über kurz oder lang wieder zu Kriegen kommen. Ich bin weiterhin für die Beseitigung der Kluft zwischen Reich und Arm. Israel steht, was die Einkommensunterschiede anbelangt, an dritter Stelle. Ich erinnere auch an den Holocaust. Die legalen Diskriminierungen von Gruppen erinnern mich daran, wie es zum Holocaust kam. Der erste Schritt der Nazis war nicht die Vernichtung der Juden, sondern die Entlassung aller Juden, auch derjenigen, die konvertiert waren. Bis zu diesem Moment waren sie deutsche Patrioten.«

Auch Michael Warschawski vom Alternativen Informationszentrum verlangt eine »Entzionisierung« seines Landes als Voraussetzung für einen Frieden mit den Palästinensern. In »Höllentempo« (Nautilus 2004) kritisiert er heftig das Besatzungsregime, den Rassismus und die Verrohung der politisch-militärischen Klasse und eines Teils der Medien. Israel kehre durch den Bau der Mauer ins Ghetto zurück, aus dem das jüdische Volk über Tausende von Jahren zu entkommen versucht habe. Das Land drohe in den Fundamentalismus abzudriften. Nur eine kleine Minderheit in Israel setze sich für die Palästinenser ein und kämpfe gegen »die Umwandlung Israels in

einen von jedem demokratischen Anspruch befreiten fundamentalistischen Staat«. Diese Befürchtungen hat kürzlich der ehemalige Sprecher der Knesset, Avraham Burg, in seinem neuen Buch »Hitler besiegen« ähnlich formuliert. Darin greift er Israel frontal an. Er fordert nichts weniger als die Abschaffung des Rückkehrrechtes; der damit einhergehende »katastrophisierende Zionismus« sei ebenso wenig zeitgemäß. »Mit letzterem ist nicht nur die Fixierung der israelisch-jüdischen Identität auf den Holocaust gemeint, sondern auch eine geistige und politische Abhängigkeit von dem von den Zionisten eigens geschaffenen Mythos einer angeblich permanenten jüdischen Leidensgeschichte. Diese Sichtweise versperre immer mehr den Blick auf die Zukunft und führe zu einem gefährlichen Abgleiten in den Verfolgungswahn«, wie Joseph Croitoru in einer Besprechung des Buches im Deutschlandfunk schreibt. Burg vertrete die Meinung, Israel sei zu »militaristisch« und »kriegerisch« ausgerichtet und habe damit radikal mit der jüdischen Tradition der Weltoffenheit und Toleranz gebrochen. Als das Buch 2007 auf Hebräisch erschien, gab es in Israel einen heftigen Aufschrei. Davon zeugte das Interview in Haaretz¹. Wird Israel zum 60. Gründungsjubiläum neben den äußeren Feinden nicht auch vom »Feind« im Innern bedroht? Die Zeichen an der Wand sind nicht mehr zu übersehen. 🌐

Dr. Ludwig Watzal arbeitet als Nahostexperte, Publizist, Redakteur, Journalist und Kritiker von Besatzungspolitik und Menschenrechtsverletzungen in Deutschland. Er hat umfassend zum Nahostkonflikt publiziert (www.watzal.com). Sein besonderes Interesse gilt der nah- und mittelöstlichen Landwirtschaft. Er ist in seiner Freizeit auch noch Hobbyfarmer.

Fußnote

- 1 Die Quintessenz dieses Interviews ist nachzulesen unter der Internetadresse www.watzal.com/A%20Threat%20From%20Within.pdf.

